„Wir sind nicht Müllkippe von Rhein-Main“

„Rübental“-Verfüllung schlägt bei Naturschutzverbänden hohe Wogen/ Ausgleich im Eichelsbachtal gefordert

zel. NACKENHEIM — Während der Gemeinderat mit Bürgermeister Günther Ollig an der Spitze die Faust in der Tasche ballt und dennoch vor dem Problem resigniert, um „Schaden von der Gemeinde abzuwenden“, ist in der Arbeitsgemeinschaft der Mainzer Naturschutzverbände (ARGE) die Kampfeslust erwacht. Die Verbände wollen sich nicht damit abfinden, daß im „Rübental“ ein behördlich sanktionierter Schaden an der Landschaft angerichtet worden sei, der seinesgleichen suche. Man werde es nicht hinnehmen, daß Rheinhessen als Müllkippe des Rhein-Main-Gebiets mißbraucht wird, berichtete ARGE-Sprecher Gerhard Lubojanski nach der jüngsten Sitzung des Gremiums. Die Stimmung der Umweltschutzverbände gegen die Kreisverwaltung Mainz-Bingen, die sich, so die Einschätzung Lubojanskis, selbst die Genehmigung zur Verfüllung des Tals mit Erdaushub aus dem Frankfurter Gallus-Viertel erteilt habe, ist aufgebracht. Sie wollen nicht nur „die Rechtslage eingehend studieren und den Kampf öffentlich austragen“, sondern fordern vom Kreis, im „Eichelsbachtal“, zu dem auch das „Rübental“ gehört, den angerichteten ökologischen Schaden durch „Gesamtrenaturierung“ zu reparieren. Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung, Pflege von alten Streuobstbeständen, Erhalt der für Flora und Fauna wichtigen Trokkenmauern, das ist der Preis, den sie dem Landkreis für die Verfüllung der Talsenke in Rechnung stellen. Damit dort „nicht weiter geschweinigelt wird“, soll der Landbau im Rahmen von Flächenstillegungen dort nach den Vorstellungen der Naturschutzverbände ganz entfallen.

Ihre Forderungen gehen noch weiter: Obwohl das Verwaltungsgericht sich im Rechtsstreit auf die Seite des Kreises Mainz-Bingen geschlagen und die Genehmigungspraxis sanktioniert hatte, wollen die Naturschutzverbände rechtlich verhindert wissen, daß sich der Raubbau an der „durch Flurbereinigung völlig ausgeräumten rheinhessischen Landschaft“ in dieser Weise wiederholt. Sie streben ein „Normenkontrollverfahren“ an, in dem die Kompetenzen der Kreisverwaltung bei solchen Entscheidungen klar umrissen wird. „Es muß möglich sein, diese Art von Genehmigungspraxis unmöglich zu machen.“



Erdverschiebungen: Wie im „Rübental“ bei Nackenheim, so landete Aushub aus dem Rhein-Main-Gebiet auch im Oppenheimer Gewerbeareal. Bild: ep.

Und schließlich ist für sie der Verdacht nicht ausgeräumt, daß möglicherweise belasteter Erdaushub ins Rübental gekippt wurde — eine Einschätzung, die auch Bürgermeister Günter Ollig teilt, der sich dabei auf ein Schreiben der Bezirksregierung stützt, nach dem Belastungen bei Erdarbeiten dieses Umfangs nie ausgeschlossen werden könnten. In einer neueren Analyse kommt das Landesamt für Wasserwirtschaft zu der Auffassung, daß „gegen eine Ablagerung des untersuchten Bodens außerhalb von Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten“ keine Einwände erhoben werden. Die Naturschutzverbände wollen es in dieser Sache auf eine Nagelprobe ankommen lassen und fordern vom Kreis eine Ehrenerklärung: „Ich hoffe, daß man uns sagt, was wirklich los ist“, so Gerhard Lubojanski.

Die Auseinandersetzung um Genehmigung und Verfüllung des „Rübentals“ geht unvermindert weiter. Nach Kenntnis von Bürgermeister Ollig hat sich eine Nackenheimer Bürgerin deswegen mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Landrat Herzog zur Wehr gesetzt.